

Die Agrarfrage als politische Gestaltungsaufgabe

I.

Will man die Agrarfrage als die Gesamtproblematik ansehen, die sich aus der Einordnung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Wirtschaftsgesellschaft ergibt, so ist die Agrarpolitik die Summe der anzuwendenden Maßnahmen, die die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf ein fest umrissenes Ziel hin auflösen. Der Inhalt der Agrarfrage ist vielfältiger Natur, und je nach der gesellschaftlichen und politischen Situation, je nach dem Stande der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung standen in den einzelnen Zeitabschnitten andere Probleme im Vordergrund.

Die Agrarpolitik nach dem zweiten Weltkrieg muß sich einer wesentlich veränderten Weltbevölkerungs- und -ernährungssituation anpassen. Gedankengänge, die noch vor hundert Jahren durchaus berechtigt waren, haben heute ihren Sinn verloren. Im vorigen Jahrhundert konnte man mit Recht sagen, Westeuropa sei der industrielle Lieferant, der im Austausch gegen agrarische Rohstoffe die Welt mit allen möglichen Produkten des Gewerbes versorgen würde. Die Einfuhr billiger Nahrungs- und Futtermittel und Rohstoffe versorgte in Westeuropa einerseits die industrielle Bevölkerung mit den nötigen Rohmaterialien und Nährstoffen, andererseits wirkte sie aber entscheidend auf die Entwicklung des agrarischen Sektors der jeweiligen Volkswirtschaften ein. Die Freihandelslehre hatte die Weltwirtschaft als etwas Einheitliches angesehen und die internationale Arbeitsteilung zugleich als ein Mittel des wirtschaftlichen Fortschritts wie als Garantie des Weltfriedens befürwortet. Die politisch-militärische Entwicklung schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigte die eine fundamentale Schwäche dieser Lehre: daß nämlich politische Spannungen das System schnell zusammenbrechen lassen. Die Aufteilung der Weltabsatzmärkte unter die industriellen Großmächte war in vollem Gange, und kriegerische Verwicklungen an allen Ecken und Enden der Weh verhinderten eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Agrar- und Industriestaaten. Das Moment der Sicherheit, besonders wichtig für denjenigen, der seine Volksernährung nur auf dem Wege über den Import sicherstellen kann, schwand mehr und mehr. An seine Stelle trat in gleichem Maße der Gedanke der Autarkie.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat sich bezüglich der internationalen Arbeitsteilung eine neue, starke Tendenz bemerkbar gemacht. Es zeigte sich — und zeigt sich täglich —, was die Sozialisten seit Jahr und Tag kommen sahen: Das Zeitalter der Kolonialherrschaft geht zu Ende. Die Dialektik im Kolonialismus kommt mit Macht zum Durchbruch: Zur Ausbeutung der überseeischen Besitzungen mußte man den Eingeborenen Maschinen zur Hand geben[^] ja mußte man sie den Umgang mit Waffen lehren. Heute richten sich die Waffen der Kolonialvölker gegen die Präsidentensessel oder Throne ihrer Herren und die Maschinen gegen die Industrien der Mutterländer.

Weltwirtschaftlich gesehen unterliegen auch jene Nationen dieser Entwicklung, die, obwohl politisch souverän, doch wirtschaftlich bislang einen halbkolonialen Status einnahmen. Bei ihnen ist ebenfalls die Industrialisierung auf dem Vormarsch und verschiebt das allgewohnte Bild einer weltwirtschaftlichen Agrar-Industrie-Aufgliederung (Südamerika).

Dieser Gang der Dinge führte zu einer Verschiebung der Relationen zwischen Agrar- und Industriewirtschaft. Konnte man im 19. Jahrhundert das alte Europa als Stadt betrachten, die Rohstoffe und Lebensmittel aus dem umliegenden Land, d. h. also den übrigen Ländern, bezieht und diese dafür mit ihren gewerblichen Erzeugnissen beliefert, so gilt das heute in diesem Ausmaße nicht mehr.

Und zwar in zweierlei Hinsicht nicht. Einmal trifft es immer weniger zu, daß die bisher ausgesprochenen Agrarausfuhrländer (z. B. Südamerika, Australien, Ostasien, Osteuropa) noch restlos auf den Import industrieller Güter angewiesen sind. Sie haben eine eigene In-

dustrie aufgebaut oder sind dabei, sie aufzubauen. Dieser Aufwand geht der agrarischen Kapazität verloren. Zum anderen ist es nicht mehr so, daß industriestarke Länder nicht auch Agrarexportländer sein könnten. Hierbei muß an die Entwicklung der USA gedacht werden. Die Tatsache, daß ein hochindustrialisiertes Land wie dieses heute der wichtigste agrarische Exporteur ist, wirft die ganze alte Welthandelstheorie über den Haufen. Denn was ist geschehen? Die alten Agrarexporteur stellen heute einen Teil der früher eingeführten Industrieprodukte selbst her. Sie können ihre agrarischen Grundprodukte nicht mehr so billig und nicht mehr in den gewohnten Mengen liefern. Die wirtschaftlich herrschende Großmacht (USA) wirft statt dessen gewaltige Mengen agrarischer Grundprodukte auf den Markt, ohne auch nur im geringsten am Import interessiert zu sein.¹⁾

Es versteht sich von selbst, daß unter diesen Bedingungen von einer internationalen Arbeitsteilung nicht mehr die Rede sein kann. Die USA werden von Jahr zu Jahr stärker zum Gläubigerland. Die ganze übrige Welt ist dem „Dollarraum“ verschuldet, und es besteht keine Hoffnung, daß diese Situation sich auf dem Außenhandelsweg jemals lösen ließe.

Zur vollen Erfassung der neuen weltwirtschaftlichen Situation muß man sich aber noch die Bevölkerungszahlen in ihrer Veränderung vor Augen halten. Seitdem die agronomische Wissenschaft mit *Liebig* ihren Aufschwung genommen hatte, bewegte sich die Erzeugungskurve für Nahrungsmittel stärker aufwärts als die Zuwachskurve der Bevölkerung. Im Weltmaßstab war es vor allem die gewaltige Sterblichkeit der östlichen Völker, die dieser Tendenz nicht entgegenstand. Das ist anders geworden. Diese Völker haben zwar die Segnungen der westlichen Medizin für sich ausgewertet, doch nicht die der Agrotechnik. Einer wachsenden Bevölkerungszahl stehen nunmehr relativ sinkende Agrarerträge gegenüber. Das aber bedeutet Hunger für das eigene Volk und keine Chance, ins Gewicht fallende Agrarüberschüsse auszuführen. Die Hoffnung, solcher Entwicklung mit Geburtenkontrolle u. ä. entgegenzutreten zu können, ist völlig abwegig²⁾.

Für die westdeutsche Landwirtschaft ergeben sich aus dieser Weltlage in Verbindung mit den spezifischen deutschen Problemen ganz neue Aufgaben. Unsere Agrarsituation und die bisher praktizierte Landwirtschaftspolitik zeigen indessen, daß sich diejenigen, die es angeht, nicht klar über die gegenwärtige Aufgabenstellung zu sein scheinen, noch etwa darüber, wie die Dinge anzufassen sind.

II.

Die Situation der westdeutschen Landwirtschaft ist von diesem Wandel der weltwirtschaftlichen Verhältnisse wenig berührt worden. Zum Zwecke ihrer Erhaltung wird sie seit Jahr und Tag durch Einfuhrzölle auf agrarische Produkte geschützt und vom internationalen Wettbewerb praktisch abgeschlossen. Da aber der Leistungswettbewerb anerkanntermaßen den technischen, organisatorischen und damit wirtschaftlichen Fortschritt vorantreibt, konnte es nicht ausbleiben, daß die deutsche Agrarwirtschaft mit den überseeischen Landwirtschaften nicht und mit der Industrieproduktivität schon gar nicht Schritt hielt.

Die Exportsituation Deutschlands in Verbindung mit den agrarischen transozeanischen und osteuropäischen Überschußgebieten bis zum zweiten Weltkriege ließ eine Ernährungskrise im Ernst nicht aufkommen. Im Gegenteil konnte eine ausgedehnte staatliche Vorratswirtschaft erreichen, daß die Ernährung über die ersten Kriegsjahre gesichert war.

Die neue weltwirtschaftliche Lage, die sich als Folge des Krieges, der viele soziologische Kräfte löste, einstellte, erschwerte die deutsche Situation beträchtlich. Selbst der Umstand, daß Deutschland schneller als von den Alliierten beabsichtigt wieder ins Außenhandelsgeschäft einsteigen konnte, änderte an der mißlichen Ernährungslage nichts. Der Bund konnte

1) Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, „Probleme Westdeutscher Agrarpolitik“, Bonn 1953, S. 18 ff.

2) „Unmöglich scheint es aber auf jeden Fall, Völker des nicht abendländischen Kulturkreises zu einer Geburtenbeschränkung zu veranlassen. Sie würden es — heute sicher mehr noch als früher — ablehnen, Objekt einer Bevölkerungsreduzierung zu sein, die nach ihrer Ansicht eher im Interesse der weißen Rasse als in ihrem eigenen liegen würde.“ WWI, a.a.O., S. 13.

wohl Agrarerzeugnisse einführen, doch war eine Bezahlung nicht möglich, weil sie in den Dollarraum erfolgen mußte. Die USA sperrten sich — und sperren sich noch — gegen die Einfuhr europäischer Industrieerzeugnisse. Will deshalb Westdeutschland nicht ständig hinter der „Dollarlücke“ herlaufen, so muß es seine Agrarproduktion radikal umstellen. Eine Tendenz zur Industrialisierung in den alten Agrarländern kann nur mit einer Reagrarisierung der alten Industrieländer beantwortet werden³⁾).

Die Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie von der deutschen Volkswirtschaft bedeutet ferner einen Verlust von 7 Millionen ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Zugleich strömten aus diesen Gebieten etwa 8,3 Millionen Menschen in die Bundesrepublik, 4 Millionen in die sowjetisch besetzte Zone. Das Gebiet, das früher einen Nahrungsmittelüberschuß für 5,8 Millionen Menschen abwarf, fällt heute für Westeuropa aus⁴⁾).

III.

Der Inhalt der Agrarfrage in der Bundesrepublik ergibt sich aus der konkreten, gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die hier bislang zum Zuge kamen, konnten niemals eine Lösung sein. Agrarzölle, die es dem billigen ausländischen Angebot verbieten, mit den deutschen Agrarprodukten in Wettbewerb zu treten, Subventionen der Agrarpreise, die den Absatz auch der mit hohen Kosten erzeugten landwirtschaftlichen Produkte im Inlande sichert, das sind keine Mittel, den Kernschaden zu beheben, wenn man ihre Wirksamkeit nicht schrittweise abbaut und sie wirklich nur als Erziehungsmittel anwendet. Leider hat sich aber in dieser Richtung noch keine Entwicklung durchgesetzt. Obwohl Bundesminister *Lübke* und zahlreiche Theoretiker brauchbare Gedanken und Pläne ausgearbeitet haben, finden sie bei der Landwirtschaft keine Gegenliebe⁵⁾).

Die Lösung der Agrarfrage, so wie sie sich uns heute stellt, kann nur erfolgen, wenn man sie als ganzheitliche politisch-kulturelle Aufgabe erkennt. Der Gegensatz von Stadt und Land ist ja nicht nur ein wirtschaftlicher. Er ist fundamental in der Stellung zu den Dingen von Wirtschaft, Politik und Kultur. Der Bauer kennt nicht den Marktkampf, in dem sich zu bewähren der städtische Gewerbetreibende schon lange zu einer Wissenschaft entwickelt hat; er wird in seinen Dispositionen weitgehend vom Wunsche der eigenen Bedarfsdeckung geleitet, ohne seine volkswirtschaftliche Rolle zu erkennen. Er verspürt nur die preisliche Divergenz von Landwirtschaft und Industriewirtschaft und ruft nach Schutz, Hilfe und Sicherheit. Verwurzelt mit dem Gedanken an Eigenständigkeit, mit dem Wunsch, Herr im eigenen Hause zu bleiben, hat er eine instinktmäßige Abneigung gegenüber allem, was diese Rechte zu schmälern scheint, ohne die Vorteile, die aus genossenschaftlichen Zusammenschlüssen etwa entspringen könnten, vorher zu erfassen. Mühsame Aufklärung durch das Beispiel ist der einzige Weg, die alte Haltung langsam zu erschüttern. Wenn die deutsche Landwirtschaft jemals einen echten Partner auf dem innerdeutschen oder gar gesamteuropäischen Markt darstellen soll, so muß eine entscheidende Umgestaltung des ländlichen Wirtschaftens und Lebens eingeleitet werden. Die Produktivität muß entscheidend gesteigert werden. Mit der Steigerung der Produktivität, so wie sie im folgenden dargestellt wird, geht aber die Lösung aller anderen Agrarfragen Hand in Hand.

Die deutsche Gegenwart verlangt von der Landwirtschaft beides, Produktion und Produktivität; dabei verlangt die rein materielle Volksernährung vor allem *Produktionssteigerung*, die Wirtschaft aber *Produktivitätssteigerung*. Im ganzen betrachtet bedeutet aber eine Produktivitätssteigerung gleichzeitig eine Steigerung der Produktion, nämlich einmal direkt durch erhöhte Hektar-Erträge und zum anderen durch Freisetzung von ländlichen Arbeitskräften, die sich anderer Produktion zuwenden können.

3) WWI, a.a.O., S. 36.

4) „Tatsachen zum deutschen Vertriebenenproblem“, Bonn 1952.

5) Heinrich Lübke „Agrarpolitik im Umbruch“, in „Wirtschaftsdienst“, Hamburg, 34. Jahrgang, Heft S, S. 448—454 (August 1954).

Die Untersuchungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln⁶⁾ haben ergeben, daß der Anteil der Landwirtschaft an der Erstellung des Netto-Sozialprodukts nicht dem Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen an der Gesamtzahl aller Erwerbspersonen entspricht. Wenn etwa 11 vH des westdeutschen Netto-Sozialprodukts auf die Landwirtschaft entfielen, so kamen im gleichen Zeitraum (1950/51) 22 vH der Erwerbspersonen auf die Landwirtschaft. Die Prüfung, welche Umstände die landwirtschaftliche Produktivkraft so gering halten, weist gleichzeitig auf die Änderungen hin, die unbedingt eingeleitet werden müssen. Hier sind die wichtigsten davon:

1. Dem Bauern muß ein preislicher *Anreiz zur* Produktions- und Produktivitätserhöhung gegeben werden.

2. Dem Bauern muß die *Möglichkeit* zur Produktions- und Produktivitätserhöhung gegeben werden; das hat zu geschehen durch a) wesentliche Hebung des Niveaus der ländlichen Bildung, b) Flurbereinigung, c) Mechanisierung der Landarbeit, d) Produktionsumstellung auf ertragreiche Objekte, e) Befreiung des Landes von Überbesetzung, f) preisgünstige Beschaffung von Maschinen, Saatgut, Dünger usw., g) rationellen Absatz ohne Umweg und h) Gewährung billiger Kredite zur Finanzierung dieser Maßnahmen. Das ist im einzelnen auszuführen.

IV.

Die andauernden Klagen der bäuerlichen Produzenten über die niedrigen Preise, die für Agrarprodukte erzielt werden und die eben gerade die Erzeugungskosten decken, ohne einen nennenswerten Überschuß abzuwerfen, sind berechtigt. Die Forderungen agrarischer Kreise, die Preise durch Subventionen hochzuhalten, um den Erzeugern, wie es heißt, einen angemessenen Gewinn zu sichern, ferner das Verlangen, den heimischen Markt vor der Konkurrenz billiger ausländischer Agrarprodukte durch Zölle zu schützen, sind nicht ohne weiteres gerechtfertigt. Niemand wird es ablehnen, öffentliche Gelder auch in der Form von Agrarpreisstützen auszugeben, wenn auf diese Weise die Entwicklung der Landwirtschaft gefördert wird. Man muß die Ausgabe öffentlicher Gelder in dieser Form aber zurückweisen, wenn sie dazu dienen, der Landwirtschaft unter Beibehaltung des alten Schlendrians eine unverdiente Existenz zu sichern. Das Gleiche gilt von der Erhebung von Einfuhrzöllen auf billige ausländische Nahrungsmittel. Es kann den Verbrauchern nicht zugemutet werden, auf billige Agrarprodukte in Ewigkeit zu verzichten. Der Grundsatz des sozialdemokratischen Agrarprogramms, die Agrarpolitik müsse dazu dienen, die Bewegung des Bodens zum besten Wirt zu bewirken⁷⁾, kann in vollem Wortlaut unterschrieben werden. All diese Schutz- und Stützungsmaßnahmen dürfen deshalb nur ergriffen werden, wenn sie an eine Leistungssteigerung gekoppelt sind, d. h. sie müssen in absehbarer Zeit abgebaut werden. Die Steigerung der Leistung, d. h. eine Erhöhung der Produktivität, führt über steigende Mengen und sinkende Kosten selbst bei fallenden Preisen noch zu angemessenen Gewinnspannen. Diese Bewegung muß angestrebt werden. Sie einzuleiten ist die alleinige Rechtfertigung irgendwelcher Schutzmaßnahmen. Hat der Bauer sie einmal begriffen, und er wird sie begreifen, wenn er sich einfach bewähren, d. h. auf den Markt einstellen *muß*, so gibt die Gewinnspanne einen ausreichenden Leistungsanreiz.

Die Einsicht des Bauern allein tut's freilich nicht. Er muß auch die Möglichkeit zur Realisierung kennenlernen. Vertreter einer freiheitlichen, demokratischen Denkart werden politische Zwangsmaßnahmen ohne Ausnahme ablehnen. Sie werden statt dessen den Weg über das Beispiel und den ökonomischen Zwang des Marktes (Wettbewerb) wählen. Der Bauer muß endlich erkennen, daß er seinen Acker nicht nur für seine Familie bestellt und daß er nicht der Allgemeinheit die Verantwortung für den Fortbestand seines Hofes auf-

6) WWI, a. a. O., S. 60.

7) „Agrarpolitische Richtlinien der SPD“, Bonn (1953), S. 3.

bürden kann. Es muß aber dazu zweierlei gewährleistet sein: einmal die Chance für den Bauern, insbesondere den jungen, sich bilden zu können, zum zweiten der gute Wille von seiner Seite, sich modernen Kenntnissen nicht zu verschließen.

Die Volksbildung auf dem Lande liegt in einer Weise im argen, von der sich der Durchschnittsbürger überhaupt nichts träumen läßt. Schon *Raiffeisen* erkannte vor 100 Jahren, daß hier angesetzt werden muß, und baute in sein drittes, sein Heddesdorfer Experiment, Erziehungseinrichtungen und eine Volksbücherei ein. Das erste moderne sozialdemokratische Agrarprogramm von 1927 sieht eine ausgedehnte Bildungsorganisation auf dem Lande vor, die auch heute noch beim Programm zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung obenan steht⁸⁾. Moderne Untersuchungen haben gezeigt, daß auf diesem Gebiet noch viel zu tun bleibt. *Käthe Feuerstaak* stellt einer wirtschaftlich-technischen Ausbildung, die die Gesamtschau der Lebensverhältnisse den zu Erziehenden nahebringen soll, ergänzend die Erziehung zum solidarischen Handeln, zur Gruppenarbeit und zur gruppengemeinschaftlichen Haltung zur Seite.⁹⁾

Die ländliche Bildung erschöpft sich aber keinesfalls mit der Durchorganisation des Schulwesens. Die landwirtschaftliche Lehre mit Abschlußprüfung, Hand in Hand mit einer guten, modernen Volksschulbildung, schaffen erst das Rüstzeug, um eine landwirtschaftliche Fachschule mit Erfolg besuchen zu können oder doch wenigstens die Weisungen und Ratschläge einer der einzurichtenden landwirtschaftlichen Beratungsstellen mit Gewinn und Verständnis folgen zu können. Die Ergebnisse jahrzehntelanger chemischer und technologischer Agrarforschung nützen nichts in den Bänden der Archive, die kein Bauer liest oder je verstehen könnte. Deshalb gehören zur landwirtschaftlichen Bildung Beratungsstellen, die durch Beratung und Betreuung jene wissenschaftlichen Ergebnisse auf die Äcker und in die Ställe tragen. In jedem Dorf müßte mindestens ein tüchtiger Berater als Bauer selbst ansässig sein; in größeren Landgemeinden muß es Versuchsstationen geben. Hat das ländliche Bildungswesen erst das angestrebte Niveau erreicht, so wird es nicht schwer fallen, tüchtige Jungbauern für diese Tätigkeit zu gewinnen.

Die Hebung des Bildungsstandes — der selbstverständlich nicht bei der Berufsbildung stehenbleiben darf, sondern die staatsbürgerliche aus naheliegenden Gründen umfassen muß¹⁰⁾ — ist die Voraussetzung für das Verständnis für Forderungen, die unerlässlich sind, wenn sich die Landwirtschaft in der oben gezeigten Weise entwickeln soll. Hier steht an erster Stelle die *Flurbereinigung*, die dafür sorgen soll, daß in den Gegenden Deutschlands, in denen durch Erbteilung (Realteilung) das bäuerliche Eigentum an Boden in vielen Parzellen über die Gemarkung verstreut liegt, wieder wirtschaftliche Landstücke zusammengefaßt werden. Das gilt besonders für Südwestdeutschland. Es ist bekannt, daß hier der Landbesitz eines Bauern oft in Parzellen bis zu 30 Stück aufgeteilt ist. Anmarschwege über viele Kilometer zur Bebauung winziger Landstücke lassen die Arbeitsproduktivität minimal bleiben. Hier muß dringend abgeholfen werden. Es ist dabei gleichgültig, ob man dazu Landnutzungstausche vornimmt oder partielle Anbaukoppelungen, wie sie etwa *O. Schiller* in Hohenheim vormachte¹¹⁾. Das Entscheidende ist, daß große, zusammenhängende Nutzflächen entstehen, daß Wegeflächen und Anmarschzeit gespart werden und schließlich der Maschineneinsatz auf dem Felde erst lohnend und technisch reizvoll wird.

Überhaupt ist der Maschineneinsatz in der Landwirtschaft eines der interessantesten Kapitel der Agrarpolitik. Man weiß, daß die produktive Überlegenheit der Industrie nur dank der Maschine möglich ist, und die Gründe, deretwegen *Marx* nur dem agrarischen Großbetrieb eine Zukunft voraussagte, lagen beim Maschineneinsatz. Die technische Ent-

8) Hans Krüger und Fritz Baade „Sozialdemokratische Agrarpolitik“, Berlin (1932); ferner „Agrarpolitische Richtlinien der SPD“, a.a.O., S. 4.

9) Käthe Feuerstaak „Das ländliche Bildungswesen als gesellschaftliche Aufgabe“, Hannover 1953.

10) vgl. Wolf Donner „Sozialpädagogik“ in „Arbeit und Wirtschaft“, Wien, 7. Jg., Nr. 12 (Juli 1954).

11) Hans-Jürgen Seraphim „Die Bedeutung des Genossenschaftswesens im Rahmen der deutschen Agrarpolitik“, Neuwied 1950, S. 17; vgl. ferner Walter Gruber „Die Flurbereinigung dauert noch 30 Jahre“ in „Der Bürger im Staat“, 4. Jg., Heft 11, S. 191 (November 1954).

wicklung führte in der Landwirtschaft — wie auch beim Handwerk — nicht völlig in Richtung dieser These. Die Kleinkraftmaschine, der Elektromotor und der Traktor gaben auch dem Kleinbetrieb die Segnungen der Mechanisierung an die Hand; offen blieb indessen bis heute die Frage der Finanzierung. Es zeigte sich nämlich, daß im Gegensatz zur Fabrik der Bauernhof seine Landmaschinen nur stoßweise einsetzen kann, d. h. daß sie sich viel langsamer amortisieren, nichtsdestoweniger ebenso schnell wie in der Industrie veralten, kurz, den Bauernbetrieb finanziell enorm belasten.

Die landwirtschaftliche Maschine muß, im Gegensatz zur industriellen, eine ganze Reihe beachtlicher Forderungen erfüllen, die Anschaffung und Einsatz erheblich verteuern. Je kleiner daher der Betrieb, um so stärker wird die Belastung durch Maschinenkapital¹²⁾.

Die Unabdingbarkeit des stärksten Maschineneinsatzes zur Erreichung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, die anzustreben sind, gebietet also, nach neuen Wegen der Anschaffung, der Finanzierung und des Einsatzes von Motoren und mechanischen Geräten zu suchen. Hier hat die Praxis genug Beispiele geliefert.

Der Weg zur Mechanisierung der Landwirtschaft führt über die Genossenschaft. Sie allein stellt die Form der bäuerlichen Selbsthilfe dar, in der die individuelle Freiheit gewahrt und trotzdem der technischen Entwicklung nicht in die Speichen gegriffen wird. Tatsächlich ist es heute gar keine Frage mehr, ob der genossenschaftliche Maschineneinsatz zweckmäßig wäre. Dem beharrlichen Widerstand ländlicher Kreise kann man nur die Macht des Beispiels entgegensetzen. Vor allem muß den Bauern klargemacht werden, daß eine genossenschaftliche Zusammenarbeit keine Vorstufe zur Kolchose ist, denn die Eigentumsverhältnisse am Boden bleiben unberührt. Es empfiehlt sich, um alle Zweifel auszuschließen, den genossenschaftlichen Maschineneinsatz im Lohn vornehmen zu lassen¹³⁾.

Daß den Formen der ländlichen Genossenschaften die Zukunft gehört, beweisen ihre Erfolge im In- und Ausland. *Paul Mülbach berichtet* über die beispielhafte Leistung der Genossenschaft Hütschenhausen in der Pfalz¹⁴⁾, und *Seraphim* weist darauf hin, daß in den Niederlanden in den letzten Jahren mehrere hundert Maschinengenossenschaften entstanden¹⁵⁾.

Grote-Missmahl, der wie alle modernen Agrarpolitiker die Landwirtschaft aus ihrer Isolierung in die Volkswirtschaft zurückführen will, spricht davon, daß mittels genossenschaftlichen Zusammenschlusses auch in Richtung auf die Schaffung optimaler Betriebsgrößen etwas getan werden kann. Die Frage der Betriebsgröße, die mit am Anfang der agrarpolitischen Diskussion stand, ist heute in diesem Sinne nicht mehr relevant. Niemand fragt heute mehr, ob der Großbetrieb dem kleinen überlegen sei oder umgekehrt. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die optimale Betriebsgröße von der Technik, vom Boden und vor allem von der Fruchtart abhängig ist. Wenn wir in diesem Sinne den Grote-Missmahlschen Terminus interpretieren, ist die optimale Betriebsgröße von Fall zu Fall unterschiedlich.

Grote-Missmahl denkt vor allem an die kleinbäuerlichen Betriebe Württembergs, die kaum einer modernen Agrartechnik flächenmäßig zugänglich sind. „In Zukunft“, schreibt er, „müssen wir deshalb vom bleinbäuerlichen Betrieb überall dort loskommen, wo er die notwendige Ertragssteigerung verhindert. Erreichbar ist dies wiederum nur durch einen Zusammenschluß der kleineren Bauernhöfe“¹⁶⁾. Es ist dabei daran gedacht, daß „das Eigentum an diesem Hof umgewandelt (wird) in die Form des Mit-Eigentums an einem größeren Landwirtschaftsbetrieb“.

Durch stufenweise Freigabe der Einfuhren billigerer Agrarprodukte kann man hartnäckige Einzelgänger bei Strafe ihres wirtschaftlichen Untergangs zum Eintritt in die Ge-

12) Man vgl. dazu WWI, a.a.O., S. 85—86.

13) WWI, a.a.O., S. 92, ferner Seraphim, a.a.O., S. 13.

14) Paul Mülbach „Eine ländliche Genossenschaft“ in „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 4. Jg., Heft 7, S. 419—422 (Juli 1953).

15) Hans-Jürgen Seraphim, a.a.O., S. 16. 16) Ulrich Grote-Missmahl „Neubau deutscher Wirtschaft durch konstruktiven Sozialismus“, o.O., 1951, S. 92 f.

nossenschaften zwingen. Der Einzelbetrieb, der dem Wettbewerb gerecht wird, welcher die Landwirtschaft kosten- und preismäßig allmählich in die Gesamtwirtschaft eingliedert, verdient die Erhaltung seiner Selbständigkeit.

Eine freiheitliche Wirtschaftsverfassung muß einer Vielfalt von Betriebs- und Unternehmensformen Raum geben. Von der ländlichen Produktionsgenossenschaft mit gemeinsam eingebrachtem Boden, über die gemeinschaftlich ausgearbeiteten Bebauungspläne mehrerer Höfe¹⁷⁾ bis zur genossenschaftlichen Maschinennutzung muß den Bauern freie Hand gelassen werden. Sie müssen aber unter zunehmendem Preisdruck bei gleichzeitigen staatlichen Förderungen solcher Zusammenschlüsse an die Genossenschaft herangeführt werden.

Wenn die Landwirtschaft heute immer wieder Parität der agrarischen mit den industriellen Preisen fordert, so kommt sie dabei nicht auf die Idee, den Schlüssel zur Lösung des Problems bei sich zu suchen. „Wenn die Landwirtschaft zu Paritätspreisen verkauft, ohne zu Paritätskosten zu produzieren, entstehen notwendig Verbraucherpreise für Nahrungsmittel, deren Höhe volkswirtschaftlich nicht tragbar ist. Die Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit ist eine Folge dieser Kostendisparität. Die Preisparität kommt von der Kostendisparität“¹⁸⁾.

Eine Kostensenkung in der Landwirtschaft ist zunächst durch eine zweckmäßige Gestaltung der technischen Seite des Produktionsprozesses zu erreichen. Man nennt dies Rationalisierung. Die geringe Pro-Kopf-Leistung in der Landwirtschaft im Verhältnis zur Industrie liegt in der Überbesetzung des Bodens mit landwirtschaftlichen Arbeitskräften begründet. Man ist sich heute in den Kreisen fortschrittlicher Agrarpolitiker völlig einig darüber, daß die Abwanderung vom Lande, allgemein als „Landflucht“ bezeichnet, kein nationales Unglück, sondern eine Notwendigkeit ist¹⁹⁾. Solange die versteckte Arbeitslosigkeit auf dem Lande in die Kosten eingeht, kann keine Besserung erwartet werden.

Als eine weitere Maßnahme zur Kostensenkung wird der Anbau nur der ertragsstarken Früchte vorgeschlagen. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in Köln denkt dabei besonders an eine Steigerung des Kartoffel- und Getreideanbaus, zugleich als Mastfutterbasis, dazu an Zuckerrüben, die als Abfall mehrere wertvolle Futtermittel liefern²⁰⁾. Agrarprodukte, deren Anbau zu wenig ertragreich in Deutschland ist, sollen dafür vorwiegend auf dem Weg über den Import beschafft werden. Auf diese Weise kann man nämlich dann auch der veränderten Außenhandelsituation gerecht werden, über die schon geschrieben wurde. Man sollte sich also gegebenenfalls nicht scheuen, veredelte Agrarprodukte einzuführen und die Grundstoffe selbst herzustellen und das in dem Maße, in dem es erforderlich ist, um den deutschen Außenhandel im Schwünge und die deutsche Landwirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten.

Die Kosten der Landwirtschaft bestimmen sich im übrigen durch die Preise für Arbeitsmittel und Arbeitskräfte. Der genossenschaftliche Großeinkauf von Saatgut, Dünger und technischem Material ist hier der bewährte Weg zur Kostensenkung. Hierzu kann in vielen Fällen die Lieferung aus genossenschaftseigenen Produktionsstätten treten. Die höhere Pro-Kopf-Leistung des in der Landwirtschaft Arbeitenden senkt ebenfalls den Kostenanfall, diesmal in bezug auf die Preise der Arbeitskraft. Jede Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, die ohne Rationalisierung vorgenommen wird, bedeutet eine Steigerung der Produktionskosten²¹⁾.

Kostenvorteile, in Einkauf und Produktion erzielt, können eine angemessene Gewinnspanne bei erträglichen Preisen gewähren, wenn nicht der Absatz den größten Teil der Spanne verschlingt. Hier hat sich die direkte Zusammenarbeit von bäuerlichen Absatz-

17) Grote-Missmahl, a.a.O., S. 98.

18) A. W. Schüttauf, „Grundfragen der Agrarpolitik“, München 1952, S. 43. Mit der Frage der Preisparität hat sich ausführlich auseinandergesetzt Ulrich Teichmann in dem Aufsatz „Die Paritätsforderung der Landwirtschaft“, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 5. Jg., Heft 8, S. 472—478 (August 1954).

19) Die Überbesetzung ist um so stärker, je kleiner der Hof ist. Vgl. dazu WWI, a.a.O., S. 66 ff., ferner Schüttauf, a.a.O., S. 49; Prof. Brand sagt: „Landflucht tut not“ (zit. bei Schüttauf).

20) a.a.O., S. 53 ff.; ferner Ulrich Grote-Missmahl, a.a.O., S. 25 ff.

21) Schüttauf, a.a.O., S. 35.

und städtischen Konsumgenossenschaften bewährt. Es ist nicht einzusehen, warum ein aufgeblähter Zwischenhandel den Verbraucherendpreis belasten soll. Aus diesem Grunde sollte die Kooperation der Genossenschaften weitgehend gefördert werden.

Hierher gehören auch die Versuche, die Roherzeugnisse direkt auf dem Lande zu veredeln, ehe sie zum Verbraucher geführt werden. Eine mögliche Konkurrenz zwischen Agrar- und Konsumgenossenschaften um diesen Sektor stellt kein echtes Problem dar.

Umstellungen aller Art, so wie sie bisher empfohlen wurden, scheitern einmal gern an der Starrköpfigkeit der Bauern, aber sie stellen auch ein finanzielles Problem dar, das nicht ohne Hilfe von innen und außen gelöst werden kann²²). Der Agrarkredit, der zur gewöhnlichen Modernisierung der Betriebe und zur Melioration des Bodens von jeher ein Problem darstellte, erhält eine Vorrangstellung im Komplex einer ganzen Agrarreform, wie sie uns als zweckmäßig erscheint. Die Kreditgenossenschaft, das Werk Raiffeisens, wird auch hier, mit öffentlicher Hilfe vereint, die Mittel bereitstellen²³), um all diesen Zweigen solidarischer Selbsthilfe unter dem Zeichen bester Güterversorgung zum Leben und Gedeihen zu verhelfen.

V.

Im Rahmen eines Aufsatzes alle Teilprobleme der Agrarfrage aufzuführen, ist nicht möglich. Es kann daher nur bei der Beleuchtung einiger uns wesentlich erscheinender Punkte und bei der Andeutung anderer bleiben.

Daß die Bundesrepublik unter gewissen Umständen ihre Bevölkerung aus dem eigenen Boden ernähren *könnte*, wird kaum behauptet²⁴), daß sie es *sollte*, wird niemals gefordert. Der Gedanke an eine Autarkie existiert heute nicht. Dessen ungeachtet kann aber unser Anbauplan so gestaltet und die Agrartechnik so entwickelt werden, daß wenigstens die Versorgung mit einigen Grundnahrungsmitteln weitgehend sichergestellt ist.

Es geht ja aber auch gar nicht um eine Selbstversorgung. Es geht eher darum, daß die zu erzeugenden landwirtschaftlichen Produkte so gewonnen werden, daß sie kosten-, preis- und qualitätsmäßig mit denen der übrigen Welt in Wettbewerb treten können. Dann kann im übrigen auch erst an eine übernationale Agrarwirtschaft gedacht werden. Vorläufig ist aber die überseeische Farmwirtschaft und in Kürze übrigens auch die sowjetische Kolchoswirtschaft überlegen.

Die weitere Entwicklung der Saatzucht, der Schädlings- und Seuchenbekämpfung in Verbindung mit einer Standardisierung der Produkte kann zu einer gewissen Preisstabilität führen. Staatliche Vorratswirtschaft soll dem Ausgleich von binnen- und weltmarktbedingten saisonalen Angebots/Nachfrage- und damit Preisschwankungen dienen. Dies alles kann hier nur angedeutet werden.

Die Situation des Landarbeiters und des Landvolks überhaupt wird sich mit dem Grade der Durchführung dieser Empfehlungen von selbst bessern. Die Entlohnung kann in dem Maße steigen, in dem sich die Pro-Kopf-Leistung erhöht. Damit aber eröffnen sich neue Wege zur Kultur.

Nichts in dieser Richtung wird geschehen, solange alles beim alten bleibt und ein altergebrachter Agrarprotektionismus — weit über eine Schutzfunktion hinausgehend — den landwirtschaftlichen Großbetrieben gute Gewinne, den Kleinbetrieben die Existenz, dem Volke in seiner Gesamtheit aber ein Agrarpreis- und -kostenniveau erhält, das jede Hoffnung auf einen Fortschritt zur Illusion werden läßt.

Die politische Gestaltungsaufgabe, die aus der Agrarfrage erwächst, ist im letzten eine Kulturaufgabe. Sie will dem Lande über das Mittel der Technik neue geistige Güter und Kräfte vermitteln, deren es dringend bedarf, wenn nicht die Kluft zwischen Stadt und Land unüberbrückbar werden soll.

22) So entstehen bei der Flurbereinigung z. B. Kosten in Höhe von 475.— DM pro ha (Lübke, a.a.O.).

23) Es muß darauf verzichtet werden, diese Frage in ihren Einzelheiten zu erörtern. Man vergleiche Adolf Scherer, „Wesen und Aufgaben der ländlichen Kreditgenossenschaften“, Neuwied a. Rh., 1953.

24) Entgegen Hamann („Das Agrarproblem im westlichen Deutschland“, Hannover 1946) stehen Seraphim und Schüttauf auf dem Standpunkt, daß eine deutsche Selbstversorgung unerreichbar sei.